

Beschluss

## **Von New York über Nagoya und Cancún nach Rio: Hunger und Armut überwinden, die biologische Vielfalt retten, das Klima schützen!**

Der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt und die immer noch skandalös hohe Zahl von Menschen, die in extremer Armut leben und hungern, stellen die größten Herausforderungen für die Menschheit dar. Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität und das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele waren und sind in diesem Jahr die zentralen Themen großer Konferenzen der Vereinten Nationen.

Auf dem Weltarmutsgipfel im September in New York und der Biodiversitätskonferenz im Oktober in Nagoya prallten wieder einmal die Interessen der reichen und der armen Nationen aufeinander. Und auch die bevorstehende Klimakonferenz in Cancún droht – wie schon letztes Jahr der Klimagipfel in Kopenhagen – daran zu scheitern, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht darauf verständigen kann, den globalen Herausforderungen im Geist der Gerechtigkeit und der Solidarität zu begegnen.

Doch nur eine ganzheitliche Herangehensweise, die die Armutsbekämpfung, den Klimaschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt zusammenbringt und nicht gegeneinander ausspielt, kann aus der Sackgasse von Zielkonflikten und Interessengegensätzen herausführen. Aus diesem Grund wird der großen UN-Konferenz, die zwanzig Jahre nach dem ersten großen Nachhaltigkeitsgipfel 2012 wieder in Brasilien stattfindet (Rio +20), eine große Bedeutung zukommen. Auf dem Weg nach Rio muss es zunehmend gelingen, die Armutsbekämpfungsagenda und die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Bewahrung der biologischen Vielfalt so aufeinander abzustimmen, dass es zu mehr Kohärenz und Synergieeffekten kommt.

Dies setzt aber voraus, dass viel stärker als bisher dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit und dem Verursacherprinzip Rechnung getragen werden muss. Die Industrienationen haben für ihre wirtschaftliche Entwicklung den größten Teil ihrer Wälder, ihrer fossilen und anderer natürlicher Ressourcen vernichtet und den Klimawandel angeheizt. Die Konsequenzen dieses Verhaltens spüren die Entwicklungsländer aber schon heute. Die Industrieländer haben daher die Verantwortung, die Entwicklungsländer für den Schutz ihrer Wälder und für wirtschaftliche Nachteile, die sich daraus ergeben, zu kompensieren. Denn mit dem Waldschutz tragen die Entwicklungsländer sowohl zum Klimaschutz als auch zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei. Beides ist für die Weltgemeinschaft von großer Bedeutung.

### **Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit nicht gegeneinander ausspielen**

Der Millenniumsgipfel in New York und der Klimagipfel in Kopenhagen haben gezeigt, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stark gelitten hat. Nicht nur, dass die Mehrzahl der Industrieländer ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen für die Ent-

wicklungszusammenarbeit nicht nachkommt. Sondern es zeichnet sich immer deutlicher der Trend ab, dass die Mittel für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowie für Biodiversitäts- und Waldschutz auf die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit, die sogenannte ODA-Quote, angerechnet werden sollen. Diese Mittel werden aber dringend gebraucht, um die Millenniumsentwicklungsziele (u.a. Halbierung der Zahl der Hungernden, Eindämmung von Aids, Verbesserung der Grundbildung und Trinkwasserversorgung in den Entwicklungsländern) zu erreichen. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind zusätzliche Herausforderungen und bedürfen entsprechend zusätzlicher Mittel.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist nicht zuletzt daran gescheitert, dass die Industrieländer nicht bereit waren, ausreichende Zusagen zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu machen. Auch unmittelbar vor der Klimakonferenz in Cancún ist dies noch immer ein Streitthema. Die EU spielt Mikado mit dem Klima: Jeder wartet darauf, dass sich der andere bewegt, bevor weitergehende Zusagen gemacht und eingehalten werden. Doch der Klimawandel ist für viele Menschen in Entwicklungsländern bereits eine bittere, lebensbedrohliche Realität. Sie müssen sich schon heute an den Klimawandel anpassen und können nicht darauf warten, bis ein Kyoto-Nachfolgeabkommen in Kraft tritt. Auch der Schutz der tropischen Regenwälder, die gleichermaßen für Klimaschutz und Biodiversität wichtig sind, kann nicht aufgeschoben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher,

- ◆ dass die Bundesregierung bis 2015 Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe bereitstellt.
- ◆ dass Deutschland signifikante Mittel für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern bereitstellt, ohne diese auf die ODA-Quote anzurechnen. Diese Mittel müssen zusätzlich sein und dürfen nicht bereits anderweitig zugesagt worden sein.
- ◆ dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die Industrieländer insgesamt ab 2020 im Rahmen eines internationalen Klimaabkommens jährlich mindestens 100 Milliarde US-Dollar für Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitstellen und dass Deutschland seinen angemessenen Anteil daran übernimmt

Das Vorhaben der Bundesregierung, die im Rahmen der Verhandlungen von Kopenhagen zugesagten Mittel für den internationalen Klimaschutz als Entwicklungshilfe zu deklarieren und auf die ODA-Quote anzurechnen, trifft auf unseren scharfen Widerspruch. Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Um die internationalen Zusagen einhalten zu können, fordern wir die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente sowie den konsequenten Abbau von klimaschädlichen Subventionen.

## **Für ein weltweit verbindliches und gerechtes Klimaabkommen**

Ein Klimaabkommen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention ist und bleibt das unbedingte Ziel unserer Klimapolitik. Nur so kann eine weltweite, gerechte und effiziente Bekämpfung des Klimawandels sichergestellt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zum Multilateralismus in der Klimapolitik und wollen das Klimasekretariat und die Vereinten Nationen insgesamt stärken.

Auf dem Weg zu einem solchen weltweiten Abkommen muss man sich jedoch den Realitäten stellen. Für einige Länder ist es aktuell politisch schwer möglich, sich einem solchen weltweiten und verbindlichen Klimaregime anzuschließen. Dies gilt z.B. momentan für die USA. Damit die internationale Klimapolitik dadurch nicht gebremst wird, benötigen wir eine Klimapolitik der un-

terschiedlichen Geschwindigkeiten im Rahmen des Klimaregimes der Vereinten Nationen. Daraus folgt die Notwendigkeit einer ambitionierten und effektiven Klimapolitik „zu Hause“. Die EU und Deutschland sichern sich damit die wissenschaftlich erwiesenen Wettbewerbsvorteile einer Vorreiterökonomie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb,

- ◆ dass Deutschland und die EU das Mikado-Spiel beenden und als Vorreiter beim Klimaschutz mit einer ambitionierten Politik vorangehen.
- ◆ dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die EU-CO<sub>2</sub>-Minderungsverpflichtung unkonditioniert auf 30 % angehoben wird.
- ◆ dass Deutschland sich nicht hinter Ländern wie den USA versteckt, die auf absehbare Zeit keinem Klimaabkommen beitreten werden, und diesen Umstand nicht als Entschuldigung für das eigene Nicht-Handeln zu benutzen.

### **Für einen konsequenteren und effektiveren Schutz der biologischen Vielfalt**

Das geringe Gewicht, das dem Schutz der biologischen Vielfalt beigemessen wird, spiegelt die Leistungen intakter und funktionsfähiger Ökosysteme und der Arten, die diese bilden, nicht im Geringsten wider. Der Versuch, den Verlust an Arten, Lebensräumen und genetischen Informationen bis 2010 zu stoppen oder wenigstens zu verlangsamen, ist gescheitert. Im Gegenteil: Die Weltnaturschutzunion IUCN beschreibt rund ein Drittel der bekannten Arten als gefährdet. Der Verlust an Lebensräumen ist der wesentliche Antreiber des Artensterbens. Doch unverändert gehen jährlich 13 Millionen Hektar Wald verloren, werden die Meere verschmutzt und Wildnisgebiete durch Infrastrukturprojekte dem Nutzungsdruck durch den Menschen unterworfen.

Die Bundesregierung hat sich bei der Weltnaturschutzkonferenz in Nagoya auf die mehr als zwei Jahre alten Zusagen berufen, bis 2013 500 Millionen Euro für den internationalen Naturschutz bereitzustellen, danach soll diese Summe jährlich zur Verfügung stehen. Als vermeintlich großzügiges Zusatzangebot wurden einmalig weitere 10 Millionen Euro angeboten. Dem Bedarf, den BirdLife International allein für die dringendsten Schutzgebiete in Entwicklungsländern auf 15 Milliarden US-Dollar jährlich schätzt, wird dies bei weitem nicht gerecht. Aber auch hier verweist die Bundesregierung auf andere Länder, anstatt mit ambitionierten Schritten voranzugehen.

Über die Fähigkeit, Kohlenstoff aufzunehmen, Wetterextreme abzupuffern, Küsten zu schützen, Nahrung und Wasser bereitzustellen und Vorlagen für pharmazeutische oder technische Produkte zu liefern, ist die biologische Vielfalt aufs Engste mit dem Klimaschutz, mit der Anpassung an den Klimawandel und mit der Erreichbarkeit der Millennium-Entwicklungsziele verbunden. Das erfordert aber über den konsequenten Schutz der biologischen Vielfalt hinaus, dass die Bevölkerung in den Entwicklungsländern, die die Verantwortung für die Ressourcen trägt, an dem Nutzen beteiligt wird, der auch kommerziell aus den lokalen Ressourcen gezogen wird. Solange die Bundesregierung aber ihre Entwicklungs- und Biodiversitätspolitik in den Dienst deutscher Unternehmensinteressen stellt, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Multilaterale Prozesse sind auch hier der notwendige Weg, damit Entwicklungsländer und lokale Gemeinschaften nicht allein den Industrieländern und Konzerninteressen gegenüberstehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher

- ◆ die Verabschiedung eines überprüfbaren Ziels zum Stopp des Artensterbens und des Lebensraumverlustes bis 2020 und darüber hinaus.
- ◆ die Verabschiedung und rasche Umsetzung eines völkerrechtlich bindenden Abkommens zum Zugang und gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen.

Wir fordern,

- ◆ bis 2020 20% der globalen Wasserfläche und 10% der globalen Landfläche unter Schutz zu stellen. 5% der Flächen sollen über einen Biotopverbund vernetzt sein.
- ◆ die Finanzierung von Schutzgebieten zu sichern, vor allem über den Abbau von umweltschädlichen Subventionen.